

zende Diskrepanz zwischen Reformation und Gegenreformation, die das tolerante Zeitalter in Polen beendete und an der Entstehung des auf Xenophobie beruhenden Sarmatismus beteiligt war, ließ den über Glaubensfragen stehenden Universalgelehrten immer weniger zu. Protestantische und katholische Studenten besuchten nun bevorzugt die Universität ihrer Glaubensrichtung. Erst im Zeitalter der Aufklärung sollte sich das allmählich ändern, wovon allerdings der katholische Adel in der Krone Polen im 18. Jh. weitgehend unberührt blieb. Ein Ergebnis der Abschließung nach außen war auch die rückläufige Zahl ausländischer Gelehrter in Polen, wovon das Königliche Preußen – gemeint sind hier wiederum die Städte Danzig, Elbing und Thorn – weniger betroffen war. Besonders aufgeschlossen zeigte sich das über eine große Autonomie verfügende Danzig, das im 17. Jh. intensive wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit Holland unterhielt. Aufgrund dieser Öffnung nach außen konnten sich in den größeren westpreußischen Städten literarische und wissenschaftliche Gesellschaften entwickeln, die in der Krone Polen und auch in Litauen fehlten.

Die erfreulich sachliche Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Kultur- und Sozialgeschichte des Königlichen Preußen im europäischen Kontext. Hier wird einmal mehr deutlich, welchen Nutzen dieses Territorium aus seiner relativ breiten Autonomie im Vielvölkerstaat Polen-Litauen gezogen hat. Zumindest im Falle von Danzig blieb diese bis zum Untergang der Adelsrepublik erhalten. In Elbing und Thorn sah dies im 18. Jh. allerdings etwas anders aus, wenngleich auch hier der dominierende Einfluss des deutschen Bürgertums erhalten blieb.

Berlin

Stefan Hartmann

Hermann Rauschnig: Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1929. Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Im Nachdruck herausgegeben von Wolfgang Kessler. Reimar Hobbing Verlag. Essen 1988. LXIII, 427 S.

Dieses 1930 erschienene Buch von Hermann Rauschnig: „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“, bleibt die ausführlichste und in vieler Hinsicht beste Darstellung der verschiedenen „Verdrängungsmaßnahmen“, die angeblich zur Abwanderung von zwei Drittel der deutschen Bevölkerung der abgetretenen Teile dieser beiden Provinzen geführt haben. Der Prozentsatz der Deutschen dieses Gebiets sank in kurzer Zeit von ca. 35% auf 10–12%, nach R. hauptsächlich als direktes oder indirektes Resultat von Maßnahmen der polnischen Regierung oder von Ausschreitungen seitens der polnischen Bevölkerung, die von dieser Regierung toleriert wurden. R. schätzte die Zahl der deutschen Abwanderer bis zum Jahre 1926 auf 800000; er kam zu dieser Feststellung durch den Vergleich der Zahl der Deutschen in diesem Gebiet nach der preußischen Volkszählung von 1910 mit der Zahl der noch anwesenden Deutschen 1926, zusätzlich einer Schätzung des natürlichen Zuwachses seit 1910. Seitdem haben andere seine Rechnung angezweifelt; Gotthold Rhode fand z. B., daß nur etwa 470000 Deutsche aus diesem Gebiet von den zuständigen Ämtern im Reich bis zum Jahre 1925 aufgenommen wurden. Er konnte allerdings die Fähigkeit solcher Ämter, sämtliche Einwanderer aus Polen tatsächlich zu registrieren, sowie die nicht unerhebliche Zahl illegaler Umsiedler (die solcher amtlichen Aufmerksamkeit entgingen) sowie die Zahl derer, die in dritte Länder auswanderten, nur schätzen, ist aber zu dem Schluß gekommen, daß nur etwa 575000 Deutsche an dem Nachkriegs-Exodus teilgenommen haben. Statt auszuwandern, meinte Rhode, sind viele Einwohner dieser Provinzen, die sich 1910 als Deutsche bezeichnet haben, für die polnische Volkszählung von 1921 Polen geworden. Andererseits sind es gerade polnische Historiker (z. B. Paprocki, Chojnowski), die noch höhere Zahlen als R. (bis zu einer Million) zitieren.

Was R.s Buch aber vor allem kontrovers gemacht hat, ist seine These, daß dieser unvorhergesehene Exodus, praktisch ohne geschichtliche Vorläufer, größtenteils auch ein unfreiwilliger war. R. meint, daß höchstens 10% der abwandernden Deutschen wirklich freiwillig ihre bisherige Heimat verlassen haben, d. h. grundsätzlich nicht bereit waren, in Polen zu leben, egal wie sie dort behandelt wurden. Weitere 10% waren Staatsdiener und ihre Familien, meistens ohne Wurzeln in dieser Region und praktisch aufgefordert, ins Reich umzusiedeln. Die übrigen 80% aber wären laut R. lieber in ihrer abgetretenen Heimat geblieben, wenn die systematischen Entdeutschungs-Maßnahmen der polnischen Regierung dies nicht unmöglich gemacht hätten. Er belegt diese These mit einer langen Aufzählung der verschiedenen Formen von gesetzlicher Diskriminierung, offizieller Schikanen und öffentlicher Gewalt. Daß es solches gab, ist kaum zu bezweifeln; daß dies aber auch die Hauptursache für diese so gewaltige Abwanderungsbewegung war, läßt sich schwer nachweisen. Nicht nur polnische Historiker sind eher der Meinung, daß die meisten Deutschen entweder freiwillig oder wenigstens ohne ausreichenden Grund abgezogen sind.

R.s Werk ist jetzt ohne Änderungen neu erschienen. Nur der Titel liest sich jetzt anders; die Ersetzung von R.s „Entdeutschung“ durch das weichere „Abwanderung“ läuft seiner These zwar direkt zuwider, aber der Herausgeber Wolfgang Kessler meint, daß ersterer Begriff durch Assoziationen mit dem Dritten Reich belastet ist und allzu provokativ wirkt. K. trägt auch eine ausführliche, faktenreiche und mit vielen wertvollen Literaturhinweisen versehene Einführung bei. Sie befaßt sich aber eher mit der deutsch-polnischen Problematik im allgemeinen als mit dem spezifischen Inhalt des Rauschningschen Werkes. Freilich gibt es manches in K.s Einführung, was zu korrigieren wäre. Es stimmt z. B. nicht, daß die preußische General-Kommission (im Gegensatz zu der Ansiedlungskommission) Polen von ihren (Renten-)Gütern systematisch ausgeschlossen habe; auch gehörte Lissa nicht zu den mehrheitsdeutschen Kreisen, die bei Deutschland blieben; es stimmt auch nicht (trotz der von K. zitierten Behauptung des polnischen Publizisten Roman Lutman), daß bis zu zwei Drittel der Deutschen „bereits vor Übergabe der Gebietshoheit an Polen . . . die Abtretungsgebiete verlassen“ hätten. K.s Behauptung, daß die wichtigsten polnischen wirtschaftlichen Verdrängungsmaßnahmen (Agrarreform, Liquidation und Annulation) „in jedem Falle grundsätzlich legal“ waren, widerspricht der Tatsache, daß alle drei Gegenstand erfolgreicher deutscher Aktionen vor dem Völkerbund oder dem Haager Gericht waren; gleichfalls widerlegen mehrere Urteile des Völkerbundes aus der Zeit von 1928–1932 seine Meinung, daß der Nachweis, daß die polnische Agrarreform „im Widerspruch zum Minderheitenschutzvertrag gestanden hätte, nicht gelungen (ist)“.

Der Rezensent wäre für eine Einführung, die mehr Aufmerksamkeit auf die Frage der Gültigkeit dieses 60 Jahre alten Werkes und seines mannigfaltigen Inhalts für den heutigen Historiker legt, dankbar gewesen. K. bleibt eher unschlüssig in bezug auf Rauschnings Hauptthese und auf die Verlässlichkeit des Materials, das er hervorbringt. Für den heutigen Historiker aber ist Rauschnings Werk vor allem wegen dieses Reichtums an Einzelheiten wertvoll. Was es aber gleichzeitig problematisch macht, sind seine oft mangelhaften Hinweise auf die Quellen dieses Stoffes. Es gibt keine besonderen Gründe, diesen Inhalt zu bezweifeln – auch polnische Gegendarstellungen (z. B. von Jeżowa und Kierski) haben nur einigen Angaben direkt widersprochen –, aber R. läßt den Leser trotzdem allzuviel bloß seinem Wort glauben (statt aufzuzeigen, woher er seine Angaben bezieht, damit man sie auch nachprüfen kann). Trotzdem bleibt sein Werk, auch wenn man der Hauptthese nicht voll zustimmen kann, von zentraler Bedeutung für die Erforschung des Exodus der Deutschen aus dem wiedererstandenen Polen, weswegen man diese Neuauflage nur begrüßen kann.